

Aachen, den 4. Februar 2020

PRESSEMITTEILUNG Coronavirus: Ohne regionale Krankenhausstrukturen keine wirksame Vorbereitung auf Epidemien!

Zu den Maßnahmen gegen den sog. Coronavirus nimmt die Fraktion DIE LINKE wie folgt Stellung:

Bundesgesundheitsminister Spahn hat Glück: Noch sind regionale Krankenhausstrukturen hierzulande flächendeckend vorhanden. Auf eine Epidemie jedweder Art ist die Bundesrepublik gut vorbereitet – dank vorgehaltener stationärer Betten sowie solidarisch finanzierter apparativer und personeller Ausstattung einschließlich intensivmedizinischer Kapazitäten.

Das Auftauchen des Coronavirus zeigt denjenigen Grenzen auf, die eine neue Krankenhauslandschaft mit nur noch wenigen Superkliniken predigen. *Die Seuche kann sich rasch ausbreiten, so dass die WHO am 30. Januar 2020 eine „gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite“ ausgerufen hat.* „Die ‚größte Sorge‘ der WHO sei, dass sich das Virus auf Länder mit weniger gut ausgestatteten Gesundheitssystemen ausbreite“, warnte WHO-Direktor Tedros Adhanom Ghebreyesus. Daran zeigt sich eindrucksvoll, wie wirklichkeitsfern aktuell diskutierte Pläne darüber sind, die regionale Krankenhausstruktur in Deutschland zu zerschlagen.

Bei nur noch wenigen zentralisierten Superkliniken wären die Kapazitäten bei weitem nicht ausreichend für die Quarantäne infizierter Personen, die qualifizierte Behandlung symptomatisch Erkrankter und die normale Versorgung der nicht Epidemie-betroffenen Bevölkerung. Eine Mehrheit erhielte folglich keinen Zugang mehr zur stationären medizinischen Versorgung. Damit träte genau der Sorgenfall sein, den die WHO aufgrund ihrer Erfahrungen mit der Beherrschung der Ebola-Epidemie befürchtet. Hingegen gelang es Ländern mit guter regionaler Gesundheitsinfrastruktur und ausreichenden stationären Kapazitäten, eine Vielzahl infizierter und erkrankter Menschen aufzunehmen, den Ebola-Ausbruch schnell einzudämmen und die Opferzahlen gering zu halten.

Eine für das Patient*innen- und Gemeinwohl bedarfsgerechte Versorgung bleibt dringend notwendig, die auch zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren und für alle erdenklichen Notfälle als Bürgerrecht vorgehalten wird. Dies steht aber im diametralen Widerspruch zu einem Gesundheitsmarkt, der medizinische Leistungen nur aus reinem Gewinninteresse erbringt. Nachhaltige und qualitativ hochwertige Vorhaltung räumlicher, personeller und apparativer Infrastruktur für unvorhergesehene Beanspruchungen rechnen sich genauso wenig finanziell wie freie Wahlen. Sie bilden aber das Rückgrat des demokratisch verfassten Staates, in dem alle Bürger*innen gleiche Rechte haben, auch auf Gesunderhaltung.